Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

In Afghanistan ist nach sechs Jahren „Operation Enduring Freedom" die Taliban-Bewegung vom Süden aus im Vormarsch. Und im Irak ist nach vierjähriger Besatzung durch USA und Grossbritannien ein Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten Sunniten, Schiiten und Kurden im Gange, der zu einer Dreiteilung des Landes führen könnte. Als Öl-Schutzmacht verfolgen die auf 160'000 SoldatInnen aufgestockten US-Streikräfte und zahlreiche Privatarmeen ihr Ziel weiter: die „Sicherheit Iraks". Und ungelöst bleibt auch nach der Friedenskonferenz von Annapolis der Israel-Palästina-Konflikt.

Bei der Militarisierung der EU, die im Gefolge der NATO-Interventionen im ehemaligen Jugoslawien der 90er Jahre beschleunigt wurde, spielt die deutsche Bundeswehr eine immer gewichtigere Rolle. Als Bündnispartner der USA kämpfen 3'200 deutsche Soldaten in Nordafghanistan „für Freiheit und Demokratie" – getreu nach der Devise des ehemaligen sozialdemokratischen Verteidigungsministers Peter Struck, am Hindukusch werde auch „unsere Sicherheit" verteidigt. Grundgesetzwidrig werden Militär und Krieg wieder zum Mittel der Aussenpolitik.

Die Fiktion einer liberalisierten, offenen Weltwirtschaft ist längst desavouiert durch die Realität neuer Weltordnungskriege. Der imperialistische Anspruch der politisch-militärischen und wirtschaftlichen Machtzentren tritt dabei umso deutlicher zutage. Ihre Exponenten propagieren ganz offen neokoloniale Ausbeutungsstrategien. Als nach wie vor potenteste Wirtschaftsmacht geraten die USA im verschärften Weltwirtschaftskrieg um knapper werdende Ressourcen zusehends in Konflikt mit Russland und den nachwachsenden Weltmächten China und Indien. Mit dem grössten Militär- und Nuklearpotential sind die USA zugleich treibende Kraft der globalen Rüstungsdynamik, von der auch die Schweizer Rüstungsindustrie profitiert.

Die Terrorismusbekämpfung hat in den USA genauso wie in den EU-Staaten und in der Schweiz die Politik einer polizeilichen und militärischen Logik unterworfen. „Terrorabwehr"-Gesetze weiten die Aufgaben von Militär und Polizei im „Präventionsstaat" laufend aus. Kompetenzabgrenzungen zwischen innerer und äusserer Sicherheit verwischen; „Feindstrafrecht", „Rettungsfolter" und „Target Killing" werden öffentlichkeitswirksam thematisiert. Nach Guantánamo werden weitere Tabubrüche folgen. Der dramatisierende „Sicherheits"-Diskurs stellt Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Grund- und Freiheitsrechte sowie der Menschenrechte und des Völkerrechts infrage – auf Kosten friedenspolitischer Strategien und Projekte.

Dezember 2007 Die Redaktion